



## Beschäftigungsimpulse für Hessen

Die CDU-geführte Landesregierung hat im Zuge der „Operation Düstere Zukunft“ und im Anschluss an die Agenda 2010 einschneidende Kürzungen vorgenommen, die zulasten der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, von Gesundheits-, Bildungs- und Sozialeinrichtungen und somit aller Hessinnen und Hessen gegangen ist. Um die verheerenden Auswirkung der umfangreichsten Sparorgie seit Bestehen der Bundesrepublik und der Agenda 2010 einzudämmen und rückgängig zu machen, fordert DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag

- Die Rücknahme der Kürzungen im öffentlichen Dienst durch die „Operation Düstere Zukunft“
- Den Ausbau des Personalschlüssels an Schulen, Krankenhäusern und sozialen Einrichtungen
- Ein Investitionsprogramm im Umfang von einer Milliarde Euro zur Schaffung von 25.000 Arbeitsplätzen in den Bereichen Umwelt und Energiewende, öffentliche Daseinsvorsorge, Soziales, Gesundheit und Bildung
- Die Umwandlung der Ein-Euro-Jobs in sozialversicherungspflichtige, tariflich entlohnte Beschäftigungsverhältnisse

**Machen Sie mit – Diskutieren Sie mit uns –  
Im Landtag oder bei Ihnen vor Ort –  
Engagieren Sie sich in der LINKEN:**  
DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag  
Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden  
Tel.: 06 11-3506090, Fax: 06 11-3506091  
E-Mail: [die-linke@ltg.hessen.de](mailto:die-linke@ltg.hessen.de)  
Internet: [www.linksfraktion-hessen.de](http://www.linksfraktion-hessen.de)

# GUTE ARBEIT FÜR HESSEN

[www.linksfraktion-hessen.de](http://www.linksfraktion-hessen.de)

**DIE LINKE.**  
FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG

## Von Arbeit muss man leben können

Die lohnabhängig Beschäftigten in Deutschland haben seit Mitte der 1990er Jahre immer weniger in der Tasche. In keinem anderen westlichen Industrieland haben die Beschäftigten in dieser Zeit derartige Reallohnverluste hinnehmen müssen. In Großbritannien und Schweden stiegen die Lohneinkommen in dieser Zeit um 25 %, im Durchschnitt der EU-Länder immerhin um 7,5 %. Die Lohnzuwächse der Beschäftigten in Hessen reichen nicht mehr aus, um die Inflation auszugleichen. Einer der Hauptgründe hierfür ist die Zunahme der Jobs im Niedriglohnbereich, wo Löhne gezahlt werden, die unter der Hälfte des Durchschnitts liegen. Niedriglöhne werden mittlerweile in vielen Branchen gezahlt, vor allem an Beschäftigte mit befristeten Verträgen, in Mini- und Midijobs, in langfristigen „Praktika“ oder anderen prekären Arbeitsverhältnissen. In Hessen ist die Gruppe der prekär Beschäftigten die am schnellsten wachsende unter den abhängig Beschäftigten. Jeder Siebte arbeitet schon in diesem Bereich. Wer noch in einem Normalarbeitsverhältnis steht, muss fürchten, in den Niedriglohnbereich abzurutschen. Wir fordern deswegen strenge Regeln für Leiharbeit und Befristungen sowie einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,71 Euro, der rasch auf 10 Euro erhöht werden muss.

## Verantwortung des Staates

Die Arbeitgeber setzen seit einigen Jahren verschärft auf die Aushöhlung tarifvertraglicher Sicherungen für die Beschäftigten. Über Leiharbeit, Haustarifverträge und die Ausgliederung von Firmenabteilungen werden Regelungen, die ein auskömmliches Einkommen bei verträglichen Arbeitszeiten sicherten, unterlaufen. Der wirtschaftliche Abschwung, den wir seit Mitte 2008 erleben, wird den Druck der Arbeitgeberseite auf die Beschäftigten noch erhöhen. Ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit geht mit jedem konjunkturellen Abschwung einher. Immer mehr Betriebe drohen mit Entlassungen. Umso wichtiger ist es, dass der Staat eingreift, um



Wirtschaft und Beschäftigung zu stabilisieren. Ihm kommt auch die Aufgabe zu, Standards bei den Arbeitsbedingungen zu setzen und Tarifverträgen rechtlich Geltung zu verschaffen. Wo der Markt für Arbeitslosigkeit und Armut trotz Arbeit sorgt, muss der Staat im Interesse der Beschäftigten, der Arbeitsuchenden und der Gesellschaft insgesamt aktiv werden.

## Ausbau des öffentlichen Dienstes

Zu den Aufgaben eines demokratischen Staates, der im Interesse seiner Bürger handelt, ist die Bereitstellung von Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Durch die Privatisierung vieler staatlicher Betriebe hat sich nicht nur die Versorgung der Bevölkerung verschlechtert. In den meisten Bereichen sind die Gebühren gestiegen. Die Orientierung der Unternehmen auf Renditemaximierung führt immer wieder zu Entlassungswellen.

In Hessen hat die CDU-geführte Landesregierung im Zuge der „Operation Düstere Zukunft“ darüber hinaus weit über 5.000 Stellen im Öffentlichen Dienst gestrichen. Dieser Stellenabbau ist zurückzunehmen. Um in den Bereichen Bildung und Gesundheit sowie anderen Teilen der öffentlichen Verwaltung wieder eine ausreichende und den künftigen Anforderungen entsprechende Personaldecke zu erreichen, muss der öffentliche Dienst um weitere 5.000 Stellen ausgebaut werden.

DIE LINKE. Fraktion strebt die Re-Kommunalisierung der Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge an, um eine angemessene Versorgung und würdige Ar-

beitsbedingungen in den Betrieben sicherzustellen. Zur öffentlichen Daseinsvorsorge zählt auch die Versorgung mit Energie, deren nachhaltige Erzeugung einen Beschäftigungsschub auslösen kann.

## Investitionen in die Zukunft

Das Land Hessen ist gerade angesichts der wirtschaftlichen Krise gefordert, ein Zukunftsinvestitionsprogramm aufzulegen. Mit Investitionen von einer Milliarde Euro ließe sich die Schaffung 25.000 Vollzeit Arbeitsplätze initiieren. Dieses Geld soll vor allem in Erhalt und Ausbau der Infrastruktur und öffentlicher Gebäude, den Umstieg auf erneuerbare Energien und in den sozialen Bereich fließen. Hessen kann durch gezielte Investitionen in Forschung und Entwicklung zum Vorreiter der Energiewende werden und so viele langfristige Arbeitsplätze schaffen und sichern.

## Umwandlung der Ein-Euro-Jobs

Als arbeitsmarktpolitisches Instrument haben sich die so genannten Ein-Euro-Jobs als Flop erwiesen. Sie werden zur Lohndrückerei eingesetzt, bieten den Betroffenen kein ausreichendes Einkommen und ermöglichen nicht den Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt. Wir wollen Ein-Euro-Jobs durch Bündelung der Mittel, die Bund und Gemeinden, die Bundesagentur für Arbeit und die Europäische Union für Unterhalt und Förderung von Hartz IV-Beziehenden ausgeben, in sozialversicherungspflichtige, tariflich entlohnte Beschäftigungsverhältnisse umwandeln.